

Massnahmen gegen Personalmangel im Gesundheitswesen

In allen Versorgungsbereichen des Gesundheitswesens in der Schweiz zeichnet sich immer deutlicher ein Personalmangel ab. Zunehmend wird es schwerer oder unmöglich, freie Stellen mit qualifizierten Pflegefachkräften zu besetzen. Jährlich fehlen rund 5'500 Berufsleute um den akuten Personalmangel zu beseitigen. Es gilt

1. mit einer Bildungsoffensive und Investitionen in die Zukunft Gegensteuer zu geben, um einem Pflegenotstand zu verhindern.
2. die Voraussetzung zu schaffen, dass die Pflegeberufe attraktiver werden und die Pflege wieder vermehrt zum Berufsziel wird

ExpertInnen mahnen an, dass sich die Lage verschlimmert, werden nicht aktiv Massnahmen zur Ausbildung von Personal und zur Wiederaufwertung der Gesundheitsberufe ergriffen. Zusätzlich verschärft wird die Situation, weil die Patientinnen und Patienten älter werden und die Hospitalisationsdauer laufend verkürzt wird. Der medizinische und pflegerische Bereich läuft Gefahr, früher oder später vom Pflegenotstand erfasst zu werden – Spitäler ebenso wie die Spitexdienste und Alters- und Pflegeheime.

In der Schweiz sollten 2'500 zusätzliche Personen pro Jahr auf Tertiärstufe ausgebildet werden. Doch es sind lediglich deren 2'100 pro Jahr.

Ebenso beunruhigend ist die Tatsache, dass es jedes Jahr 300 bis 400 Ärzte zu wenig gibt. Insgesamt fehlen also jährlich fast 5'500 diplomierte Arbeitskräfte.

Das heisst: Die Schweiz bildet zu wenig Personal im Gesundheitswesen aus– und zwar auf allen Stufen.

Heute zehrt das schweizerische Gesundheitssystem in sämtlichen Bereichen von einem beträchtlichen Prozentsatz ausländischen Personals. Die Situation ist ernst: Die Schweiz als eines der reichsten Länder der Erde, erlaubt es sich, das Potenzial an Ärzten und Pflegepersonal anzuzapfen, welches in unseren Nachbarländern ausgebildet wird. Ja, nach neusten Meldungen plant der Bund gar Pflegepersonal im asiatischen Raum zu rekrutieren. Die Schweiz löst damit eine äusserst ungesunde Kettenreaktion aus. Die Rechnung dafür müssen die ärmeren Länder begleichen. Das ist ethisch unhaltbar! Sowohl für die Gesundheits- und Pflegeversorgung in diesen Ländern wie auch gegenüber den zu Pflegenden in unserem Land. Die Kommunikation, das sich gegenseitig verstehen kann, ist ein zentraler Punkt in der Pflege.

Der Mangel an Hausärzten und an qualifiziertem Personal bedroht die Qualität der Gesundheitsversorgung. Die Politik muss Lösungen entwickeln ehe es zu spät ist. Sie muss jetzt handeln.

Die Gründe für den Personalmangel sind vielfältig. Zum einen sind die Berufsbedingungen oft unbefriedigend, die Arbeit wird immer hektischer, die Anforderungen nehmen zu und die Belastung ist hoch und wird weiter steigen. Weil im Pflegeberuf vor allem Frauen arbeiten, sind die Löhne tief. Die Arbeitszeiten erschweren es zudem, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Die Einführung der neuen Spitalfinanzierung (DRG) wird in den Schweizer Spitälern die Hospitalisationsdauer weiter verkürzen. Dies wird zur Folge haben, dass die Alters- und

Pflegeheime sowie die Spitexdienste mehr Patientinnen und Patienten zugewiesen bekommen und entsprechend mehr Pflegepersonal brauchen.

Darum müssen die Gesundheitsberufe attraktiver gemacht werden, in die Aus- und Weiterbil-

dung muss investiert werden, interessierten Personen die Gelegenheit zum Quereinstieg und einer zweiten Berufsausbildung gegeben und auf kantonaler Ebene braucht es eine systematische Planung, wie viel Personal für eine gute Pflegeversorgung notwendig ist. Insbesondere sind alle Pflegeinstitutionen in die Ausbildungspflicht einzubeziehen, indem die Leistungsverträge oder die Aufnahme auf die Spitalliste mit einer Verpflichtung zum Anbieten von Ausbildungsplätzen verknüpft wird.

In diesem Sinne hat der Bundesrat folgende 2 Postulate zur Annahme empfohlen und der Nationalrat hat sie in der Sommersession überwiesen.

10.3128 – Postulat

Attraktivität der Krankenpflege-Ausbildung

Eingereicht von [Heim Bea](#) Einreichungsdatum 16.03.2010 Eingereicht im Nationalrat Stand der Beratung **Überwiesen an Bundesrat**

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie die gesamtschweizerische Bildungssystematik im Pflege- und Betreuungsbereich in enger Zusammenarbeit mit der Branche umzusetzen ist, um die Attraktivität der Ausbildungen im Pflege- und Betreuungsbereich zu erhöhen, die Zahl der Abschlüsse in der beruflichen Grundbildung und auf der Tertiärstufe, namentlich bei den höheren Fachschulen, zu steigern und damit die Abhängigkeit von im Ausland ausgebildeten Fachkräften zu reduzieren.

Begründung

Der sich abzeichnende Pflegenotstand ruft nach Massnahmen in der Umsetzung der Bildungssystematik im Bereich der Bereitstellung der notwendigen Ausbildungskapazitäten in den Betrieben, der Verdienstsicherung während der Umschulung und Weiterbildung, aber auch der Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Personal angesichts der hohen Fluktuation - Massnahmen also, die dazu dienen, dass einmal ausgebildetes Personal länger im Beruf bleibt.

Antwort des Bundesrates vom 28.04.2010

Im Rahmen der Lehrstellenkonferenz 2009, im kürzlich veröffentlichten Bericht des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes (EVD), "Bildung Pflegeberufe" (März 2010), und im Nationalen Versorgungsbericht für die Gesundheitsberufe 2009 der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) und der Nationalen Dachorganisation der Arbeitswelt Gesundheit (OdASanté) wurden eine Reihe von Massnahmen zur Behebung des Fachkräftemangels im Pflege- und Betreuungsbereich in den

Spitälern, in den Pflegeheimen und in der Spitex vorgeschlagen und einzelne im Rahmen der Lehrstellenkonferenz 2009 beschlossen.

Der Bundesrat unterstützt im Rahmen seiner Zuständigkeiten diese Massnahmen. Das zuständige Bundesamt für Berufsbildung und Technologie wird in der Verbundpartnerschaft die Rahmenbedingungen der Ausbildungen bei der Umsetzung der geltenden Bildungssystematik auf den verschiedenen Bildungsstufen weiter entwickeln. Ziel ist es, Jugendlichen, Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteigern sowie Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern über passende, praxisnahe Ausbildungsangebote den Einstieg in das Berufsfeld zu erleichtern und die beruflichen Perspektiven zu verbessern.

Der Bundesrat ist bereit, über die Umsetzung Bericht zu erstatten und dabei namentlich den im Postulat zur Prüfung vorgeschlagenen Massnahmen bei der Umsetzung der Bildungssystematik besondere Beachtung zu schenken.

Erklärung des Bundesrates vom 28.04.2010

Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

10.3127 – Postulat

Sicherung der Alterspflege

Eingereicht von [Heim Bea](#) Einreichungsdatum 16.03.2010 Eingereicht im Nationalrat Stand der Beratung **Überwiesen an Bundesrat**

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie eine bedarfsgerechte Zahl an Ausbildungs- und Praktikumsplätze im Pflege- und Betreuungsbereich, namentlich in der Pflege im Bereich der Spitex, der Alters- und Pflegeheime in der beruflichen Grundbildung und auf der Tertiärstufe bereitgestellt werden kann.

Begründung

In den kommenden Jahren wird das Thema Personalmangel in der Pflege, vor allem in der Alterspflege, das Thema Nummer eins der Alters- und Pflegeheime. In Kenntnis der laufenden Erarbeitung und Umsetzung der neuen Bildungssystematik, die wir sehr begrüessen, stellen wir jedoch fest, dass das Problem des mangelnden Angebots an Ausbildungs- und Praktikumsplätze in den Betrieben damit ungelöst bleibt. Denn vielen der genannten Organisationen fehlen die nötigen Ressourcen personeller und finanzieller Art. Zu prüfen sind Massnahmen zur Förderung der Bereitstellung von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen, wie z. B. Pilotprojekte für Ausbildungsverbände, allenfalls Anschubfinanzierungsmodelle für diese und Anreize für Ausbildungs- und Praktikumsplätze. Zu prüfen ist sicher auch, wie private Institutionen in die Ausbildungsmitverantwortung eingebunden werden können.

Antwort des Bundesrates vom 28.04.2010

Der Bundesrat ist sich der Herausforderungen in der Nachwuchssicherung der Pflegefachkräfte, namentlich in den Pflegeheimen, bewusst. Im kürzlich veröffentlichten Bericht des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD), "Bildung Pflegeberufe" (März 2010), und im Nationalen Versorgungsbericht für die Gesundheitsberufe 2009 (Dezember 2009) der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) und der Nationalen Dachorganisation der Arbeitswelt Gesundheit (OdASanté, Dezember 2009) werden eine Reihe von Massnahmen vorgeschlagen, um in der Verbundpartnerschaft Bund/Kantone/Branche die Zahl der Ausbildungsplätze in der beruflichen Grundbildung zu erhöhen und die Attraktivität der Pflegeberufe insbesondere auf der Tertiärstufe zu steigern. Diese Massnahmen stehen auch im Einklang mit den Beschlüssen der Lehrstellenkonferenz 2009.

Der Bundesrat ist bereit, über die Umsetzung Bericht zu erstatten und dabei den im Postulat zur Prüfung vorgeschlagenen Massnahmen zur Bereitstellung von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen besondere Beachtung zu schenken.

Erklärung des Bundesrates vom 28.04.2010

Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

Bea Heim
Nationalrätin
Mitglied der
Finanzkommission
Staatspolitische Kommission
Kommission für öffentliche Bauten
Sozial- und Gesundheitskommission (Ersatz)
079 790 52 03, www.bea-heim.ch